



Die Null im Blick
Nach den Etatberatungen gibt Steinbrück den Chefökonom der Koalition | Seite 10

POLITIK

Die Zukunft im Blick
Die Mitarbeit von Österreichern und Schweizern verändert die Konjunkturprognose | Seite 16



DONNERSTAG, 5. JULI 2007

Deutscher in Afghanistan verschleppt

Auswärtiges Amt bildet Krisenstab

VON WILLI GERMUND, BANGKOK, UND HUBERT WETZEL, BERLIN

In Afghanistan ist erstmals seit dem Sturz der Taliban-Regierung 2001 ein deutscher Staatsbürger entführt worden. Wie das Außenministerium in Berlin gestern mitteilte, werde der Mann seit vergangener Donnerstag vermisst. „Wir haben nach den uns vorliegenden Hinweisen von einer Entführung auszugehen“, sagte der Sprecher des Ministeriums, Martin Jäger, gestern. Der Krisenstab des Auswärtigen Amtes bemühe sich um die Freilassung des Mannes.

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) berichtete unter Berufung auf den Polizeichef der südwestafghanischen Provinz Farah, Abdul Rahman Sarjang, der Mann und sein afghanischer Übersetzer seien am Leben und würden in einem Dorf im Bezirk Delaram von Unbekannten festgehalten. Heute sei ein Gespräch mit einem Vertreter der Entführer über Lösegeldforderungen und die Freilassung der Geiseln geplant, bei dem Dorfbewohner vermitteln sollten. Auch der Gouverneur der südwestafghanischen Provinz Nimroz, Gholum Dashtagir Azad, bestätigte die Entführung des Deutschen. Die radikalislamischen Taliban-Milizen bestreiten, den Mann verschleppt zu haben. Bei den Entführern könnte es sich daher um gewerbsmäßige Kidnapper handeln.

Zur Identität des Verschleppten und zu seiner Tätigkeit in Afghanistan machte die Bundesregierung nur wenige Angaben. Jäger sagte nur, der Entführer habe aber weder für eine deutsche Hilfsorganisation gearbeitet, noch handele es sich um einen Journalisten. Der Mann sei auch nicht im Regierungsauftrag unterwegs gewesen. Verteidigungsminister Franz-Josef Jung (CDU) sagte, der Entführer habe für ein Unternehmen gearbeitet. Gerüchten in Afghanistan zufolge könnte es eine Baufirma gewesen sein.

Nach bisher unbestätigten Informationen aus Afghanistan wurde der Mann zuletzt in dem Ort Delaram in einem Restaurant gesehen. Er soll sich auf dem Weg nach Herat befinden haben. Delaram liegt nahe der Grenze zur umkämpften Provinz Helmand, aus der der größte Teil der 6100 Tonnen Opium stammt, die Afghanistan im vergangenen Jahr produzierte. Ausländer meiden wegen der Entführungsgefahr zumeist die Überlandstraßen Afghanistans und fliegen statt dessen.

Berlin plant Klimapakt mit US-Staaten

Außenminister regt transatlantischen Emissionshandel an · Steinmeier will Projekt mit Schwarzenegger erörtern

VON PETER EHRLICH, BERLIN

Außenminister Frank-Walter Steinmeier will bis spätestens 2012 einen transatlantischen Emissionshandel ermöglichen. Dafür soll der bereits bestehende Handel mit Verschmutzungsrechten in Europa mit einem künftigen Handel in den USA verknüpft werden. Laut einem Strategiepapier des Auswärtigen Amtes, das der FTD vorliegt, könnte ein gemeinsamer Emissionshandel auch mit Kalifornien und anderen US-Staaten beginnen, solange es kein einheitliches US-System gibt.

Ziel sei ein „mächtiger neuer transatlantischer Markt“. Steinmeier will darüber demnächst mit Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger sprechen, möglicherweise bei einem Besuch an der US-Westküste Ende August.

Der SPD-Politiker übt damit Druck auf die US-Regierung aus, die dem Emissionshandel wegen der damit verbundenen Obergrenzen für den CO₂-Ausstoß skeptisch gegenübersteht. Das Ministerium macht mit dem Papier auch den Anspruch Deutschlands geltend, das Thema Klimaschutz nach dem G8-Gipfel international weiter voranzutreiben.

2012 ist das Zieldatum für ein Kioto-Nachfolgeabkommen, das im Idealfall die schrittweise Einführung eines weltweiten Handels für CO₂-Verschmutzungsrechte vorsieht.

In dem Strategiepapier heißt es, Ziel sei eine Verbesserung der europäisch-amerikanischen Beziehungen, indem „die nächste Phase der internationalen Klimadiskussion mit einem transatlantischen Brückenschlag“ verbunden wird. „Europa muss zusammen mit den USA bei den Zielen einer anspruchsvollen Klimapolitik vorgehen“, heißt es. EU und USA müssten Führung übernehmen, weil aufstrebende Volkswirtschaften wie China und Indien sonst nicht vom Klimaschutz überzeugt werden könnten. Es gehe aber auch darum, Wettbewerbsnachteile für deutsche und europäische Firmen zu vermeiden. Eine Sprecherin des Ministeriums bestätigte die Existenz des Papiers, wollte sich aber zu Details nicht äußern.

In den USA entstehen derzeit zwei regionale Emissionshandelssysteme. Neun Bundesstaaten im Nordosten, darunter New York und New Jersey,

wollen zum 1. Januar 2009 ein Handelssystem eröffnen. Im Westen planen Kalifornien, fünf weitere Staaten und die kanadische Provinz British Columbia ebenfalls ein eigenes Handelssystem. Die Emissionshandelsrichtlinie der EU sieht bisher nur Verknüpfungen mit Handelssystemen anderer Staaten vor, die Kommission will sie aber überarbeiten, um auch Beziehungen zu regionalen Systemen zu ermöglichen.

„Es entstünde ein mächtiger neuer Markt“

Planungsstab des Auswärtigen Amtes

Auch die US-Seite ist an einer Zusammenarbeit mit der EU interessiert. Das europäische Handelssystem ETS gilt in 25 der 27 EU-Staaten und ist das größte der Welt. Eine kalifornische Expertenkommission empfahl Ende vergangener Woche die Verbindung des Westküstensystems mit dem EU-System, um damit unter anderem die Marktliquidität zu fördern. Aus Sicht des Auswärtigen Amtes müssen die Vorarbeiten schnell beginnen, damit die Handelssysteme von Anfang an kompatibel sind. Man sei dann auch vorbereitet, wenn eine neue amerikanische Regierung nach Amtsantritt des nächsten Präsidenten Anfang 2009

einen landesweiten Emissionshandel einführe.

In einem vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) für Steinmeier erstellten Gutachten heißt es, die Verknüpfung von Handelssystemen bringe CO₂-Minde- rungseffekte und wirtschaftliche Effizienzgewinne. Vorgeschlagen wird vom PIK auch die Schaffung einer internationalen Clearingstelle, die beim Klimasekretariat der Uno in Bonn angesiedelt werden könnte.

Der Emissionshandel und die dafür nötige Festlegung von Verschmutzungsobergrenzen gilt bei Klimaexperten als eines der wichtigsten Mittel zur Reduzierung der CO₂-Emissionen. Kraftwerke und Industriebetrieben werden Emissionsmengen zugeteilt oder per Versteigerung verkauft. Wer mehr Treibhausgas ausstoßen will, muss Verschmutzungsrechte zukaufen. Der Emissionshandel, in Deutschland an der Leipziger Strombörse EEX, gilt als wichtiger Zukunftsmarkt für die Finanzbranche. Der Preis pro Tonne CO₂-Emission lag an der EEX gestern bei 21,48 €, beim Future für 2008 aber bei 21,48 € pro Tonne. 2008 sinkt die von den EU-Staaten erlaubte Verschmutzung deutlich.

Klimaschutz in den USA

Geplante Emissionshandelssysteme in den USA

■ RGGI* ■ WRCAL**

Bundesstaaten In vielen US-Bundesstaaten sind die Klimaschutzanstrengungen weiter gediehen als auf Bundesebene. Einer der Vorreiter ist Kalifornien, wo der republikanische Gouverneur **Arnold Schwarzenegger** und die Demokraten gemeinsam strenge Abgasgrenzwerte für Autos durchgesetzt haben. Jetzt soll dort auch der Emissionshandel eingeführt werden.

Gruppen Bisher sind es zwei Staatengruppen, die eigene Handelssysteme planen. Dabei sind aber die einwohnermäßig stärksten Staaten New York und Kalifornien. Kalifornien wäre für sich genommen der achtgrößte Industriestaat der Welt. Der deutsche Außenminister **Frank-Walter Steinmeier** sieht in dem Ökoverreiterstaat einen Verbündeten.

* Regional Greenhouse Gas Initiative, geplanter Start am 1. Januar 2009
** Western Regional Climate Action Initiative
FTD/bg, Quelle: FTD

Brown verschärft Kontrolle von Einwanderern

Britischer Geheimdienst MI5 kannte Terrorverdächtige

VON STEPHEN FIDLER, LONDON, UND BENJAMIN DIERKS, BERLIN

Wegen der jüngsten Anschlagversuche in Großbritannien müssen qualifizierte Einwanderer dort künftig mit schärferen Kontrollen rechnen. „Wir werden die Überprüfung des Hintergrunds von hochqualifizierten Arbeitnehmern ausweiten, die in dieses Land kommen“, sagte der seit einer Woche amtierende britische Premierminister Gordon Brown gestern in seiner ersten Fragestunde im Parlament. London will zudem die Beobachtung potenzieller internationaler Terroristen vor einer Einreise verbessern.

Die Regierung reagiert damit auf die Erkenntnisse der britischen Terrorfahnder. Alle acht bisher festgenommenen Verdächtigen arbeiteten als Ärzte, Studenten oder Laboranten im britischen Gesundheitsdienst NHS. Offenbar nutzten sie die relativ lockeren Einreisebestimmungen für Mediziner, um ohne größere Kontrollen aus Indien und dem Nahen Osten ins Königreich zu gelangen. Aus Sicherheitskreisen wurde gestern zudem bekannt, dass der britische Inlandsgeheimdienst MI5 Kenntnisse über den islamistischen Hintergrund einiger der mutmaßlichen Attentäter gehabt haben soll.

Die Polizei in Großbritannien sagte, sie habe mit den Verhafteten die wichtigsten Köpfe hinter den am Freitag vereitelten Autobombenanschlag in London und dem Angriff auf den Flughafen von Glasgow aufgegriffen. Die Regierung milderte die Terrorwarnung deshalb von der höchsten Stufe „kritisch“ auf „ernst“ ab. Mit Anschlägen muss demnach noch gerechnet werden, sie stehen aber nicht mehr unmittelbar bevor.

Ein führendes Al-Kaida-Mitglied soll vor drei Monaten bereits mit bevorstehenden Anschlägen gedroht haben. Er habe einem im Irak tätigen britischen Geistlichen bei einem Treffen in Jordanien gesagt, „die, die euch heilen, werden euch töten“, berichtete die Zeitung „The Times“.

Der TV-Sender CNN berichtete von einem Bekennerbrief, in dem die Attentäter von Glasgow ihren Plan beschreiben, als Selbstmordattentäter zu sterben. Sie waren in einem brennenden, mit Gasflaschen gefüllten Jeep auf das Flughafengebäude zugefahren.

WWW.FTD.DE/DEBATTE/108
Wie sicher fühlen Sie sich?

EU-Regierungen und Winzer rebellieren gegen Weinreform

Kommission will Überproduktion von Billigweinen stoppen

VON WOLFGANG PROISSL, BRÜSSEL

Europäische Regierungen und Winzerverbände haben die Reformvorschlüsse der EU-Kommission für den europäischen Weinbau heftig kritisiert. „Auf keinen Fall werde ich Vorschlägen zustimmen, die die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Weinbaus beeinträchtigen“, sagte Landwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) in Berlin. Frankreichs Agrarminister Michel Barnier sprach von „substanziellen Meinungsunterschieden“ mit der Kommission und forderte Brüssel auf, „die Interessen des französischen und europäischen Weinsektors wahrzunehmen“. Die Winzerverbände der vier größten EU-Weinbauländer Frankreich, Italien, Spanien und Deutschland lehnten die Pläne ab.

Der Widerstand mindert die Chancen, dass Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel ihre Reformvorschlüsse gegen die Mitgliedstaaten durchsetzen kann. Die Dänin stellte gestern Pläne zur Neuordnung des europäischen Weinmarkts und zum Kampf gegen die Überproduktion

vor. Fischer-Boel will unter anderem die Beihilfen zur Beseitigung von überschüssigem Wein streichen, Etikettierungsregeln ändern, die Anreicherung mit Zucker verbieten und Winzern Prämien zur freiwilligen Rodung ihrer Weinberge geben.

Das Reformpaket zielt der Kommissarin zufolge darauf, die Überproduktion von billigen Tafelweinen vor allem aus Südeuropa zu stoppen. Von den 1,3 Mrd. €, die die EU jedes Jahr für den Weinsektor ausgibt, geht die Hälfte in die Beseitigung der Überschüsse von Billigweinen. „Wir können dieses Geld besser und intelligenter ausgeben“, sagte Fischer-Boel. Zudem soll der EU-Weinsektor wieder an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der Übersee konkurrenz gewinnen. Die boomenden Weinimporte aus Australien, Chile, Südafrika und den USA dürften in Kürze dazu führen, dass die EU erstmals Nettoimporteur von Wein wird.

Auf Widerstand in Berlin stößt vor allem der Plan, die strikten Standards bei Qualitätsweinen zu lockern. Diese Kategorie macht 95 Prozent der deutschen Produktion aus.

Müntefering kündigt Milliarden-Programm an

Vizekanzler will Konjunktur stützen · Stärkere Steueranreize für Dienstleistungen im Haushalt · Koalitionsklausur

VON GUIDO BOHSEM, BERLIN

Vizekanzler Franz Müntefering (SPD) will die gute Konjunktur mit einem milliardenschweren Steuer- und Ausgabenprogramm des Staates weiter in Schwung halten. Dazu bekräftigte er in einem Interview der „Rheinischen Post“ seine Forderung nach einer Sanierung kommunaler Gebäude. Entscheidender ist jedoch die Ankündigung des Arbeitsministers, haushaltsnahe Dienstleistungen steuerlich noch besser zu fördern als die Koalition vereinbart hat. „Wir sollten uns in der Koalition mit der Frage auseinandersetzen, ob es nicht sinnvoll ist, die entsprechenden Verfahren weiter zu vereinfachen und bis zu einer gewissen Dimension das auch stärker steuerlich zu fördern“, sagte er.

Müntefering setzt damit zeitgleich mit der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) ein Zeichen gegen einen zu strikten Sparkurs des Staates. Zugleich bringt er nach dem von ihm kritisierten Kompromiss zum Mindestlohn ein neues Thema auf die Agenda für die zweite Hälfte der Legislatur.

Nach Münteferings Worten soll sich die Koalition bereits im August auf ihrer Klausursitzung im brandenburgischen Meseberg des Themas annehmen. In Kreisen der SPD wurde der Vorstoß des Vizekanzlers begrüßt. Er deckte sich mit dem Leit-

antrag für den Arbeitsmarktvorstand Ende Juni beschlossen hat und der im Wesentlichen auf die Initiative des Vizekanzlers zurückgeht.

In dem Antrag fordert die Partei, die steuerlichen Rahmenbedingungen für den Einsatz von Dienstleistungsagenturen im Privathaushalt zu verbessern. Dazu sollten die Haushalte die Kosten in einem größeren Ausmaß von der Steuer absetzen können als das bislang möglich ist.

Nach Angaben aus der Partei soll es damit attraktiver gemacht werden, beispielsweise Pflegekräfte von Dienstleistungsagenturen einzustellen und nicht mehr nur auf Minijob-Thema auf die Agenda für die zweite Hälfte der Legislatur.

die Bedingungen für Dienstleistungsagenturen so attraktiv gemacht werden wie die für Minijobs“, hieß es in der SPD. Ziel sei es, in diesem Bereich deutlich mehr Jobs zu schaffen als bislang und damit auch einen Beitrag zur Stützung der Konjunktur zu leisten.

Sollte die Koalition Münteferings Vorschlag umsetzen, kämen deutliche Steuererminderungen auf Bund, Länder und Gemeinden zu. Die Regierung hatte erst im Januar 2006 beschlossen, dass Haushalte jährlich bis zu einem Höchstbetrag von 3000 € 20 Prozent der Handwerker-Arbeitskosten von der Steuer absetzen können, maximal also 600 €. Diese Regelung gilt für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten und führt zu Mindereinnahmen des Fiskus von rund 1,1 Mrd. € im Jahr.

Um eine Dienstleistungsagentur ähnlich attraktiv zu machen wie einen Minijob, müsste der Steuernach-

Haushalte

Wende Die Förderung von Dienstleistungen im Haushalt wurde früher in der SPD als Förderung von Dienstmädchen reicher Leute diffamiert. Inzwischen erkennen die Sozialdemokraten die Arbeitsmarktpotenziale solcher Jobs.

lass nach Einschätzung von Experten deutlich höher liegen. Derzeit kostet ein Minijob in Höhe von 400 € den Arbeitgeber inklusive Sozialabgaben und Steuerpauschale pro Monat 520 €. Das sei ein Vorteil, der von Dienstleistungsagenturen nur schwer auszubooten sei.

Ein Sprecher Münteferings wies Berichte zurück, wonach der Minister sich für ein Investitionsprogramm in Höhe von 70 Mrd. € ausgesprochen habe. Müntefering habe lediglich darauf hingewiesen, dass Städte und Gemeinden diese Summe nach Schätzung des Deutschen Instituts für Urbanistik ausgeben müssten. Der Minister mache sich diese Zahl nicht zu eigen.

Den Einstieg in den von Müntefering geforderten Investitionspakt beschloss das Kabinett gestern mit dem Haushaltsentwurf für das kommende Jahr. Danach wird sich der Bund mit 200 Mio. € Zuschüssen an einem 600 Mio. € teuren Programm zur Sanierung kommunaler Gebäude wie Schulen, Kindergärten und Turnhallen beteiligen. Dieser Betrag wird möglicherweise in den parlamentarischen Beratungen aufgestockt.